

Einleitung

Am späten Abend des 5. Februars 2013 tritt Ada Colau, Sprecherin der *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der Hypothekbetroffenen, PAH), vor den Wirtschaftsausschuss des spanischen Parlaments. Dort präsentiert Colau die Volksinitiative, welche die PAH im *Congreso de los Diputados* eingereicht hat. Die Initiative sieht vor, die im Land grassierenden Zwangsräumungen zu verbieten, bei geräumten Immobilien den Restschuldenerlass zu ermöglichen und Sozialmieten zu fördern. In ihrer Rede beschuldigt die PAH-Sprecherin die Politik wie das Finanzwesen, mitten in der dramatischsten Wirtschaftskrise seit Dekaden jährlich hunderttausende Zwangsräumungen zu forcieren, den Bürgerinnen kaum abzahlbare Schuldenlasten aufzubürden und somit bewusst existentielle, teils sogar zum Suizid führende Ängste zu schüren (Colau 2013a).¹ Auf das emotionsgeladene und streckenweise rabiate Statement Colaus reagieren die politischen Repräsentanten mit Unbehagen. Vergebens wird die Aktivistin dazu aufgefordert, ihre Anschuldigungen zurückzunehmen.²

In ihrem Schlussplädoyer setzt Colau sogar noch grundsätzlicher an:

Das Parlament ist kein Blankoscheck, damit die Parteien dann das machen, was ihnen genehm ist, nur weil sie sich legitimiert fühlen. Das ist keine Demokratie. Schon gar nicht im 21. Jahrhundert, mit all den technologischen Ressourcen, über die wir verfügen, um die Bürgerinnen zumindest an den zentralen Angelegenheiten regelmäßig teilhaben zu lassen. Es wäre möglich, die Demokratie dezidiert auszubauen, eine weit partizipativere Demokratie zu erreichen. Wenn das derzeit nicht geschieht, dann weil es keinen politischen Willen dazu gibt.

-
- 1 Diese Studie gebraucht die weibliche und die männliche Form in lockerem Wechsel. In den Kapiteln II, IV und V wird aus empirisch bedingten (und dort erläuterten) Gründen etwas anders verfahren.
 - 2 So etwa die Kritik am Vizesekretär des spanischen Bankenverbandes, zu dem Colau sagt: »Ich habe diesen Herrn nicht mit einem Schuh beworfen, weil ich dachte, dass es wichtig sei, hier zu bleiben und das zu sagen, was ich zu sagen habe. Dieser Herr ist ein Krimineller und als solchen sollten Sie ihn auch behandeln. Er ist kein Experte. Die Vertreter des Finanzwesens haben diese Problemlage geschaffen, die gesamte Wirtschaft dieses Landes zugrunde gerichtet – und hier werden sie weiter als Experten bezeichnet.« (Colau in El País 2013a)

Genau das ist, was wir, was immer mehr Menschen sagen. Menschen mit sehr pluralen Positionen und Anschauungen, aus sehr verschiedenen Bewegungen und Berufsgruppen heraus. Was ich Ihnen heute vorgestellt habe, ist nicht die Position der Plattform [der PAH], sondern ein generalisierter Konsens. [...] Ich frage Sie: Demokratie ist doch, dass die Forderungen der Bürgerinnen und der Mehrheitswille im Parlament einen Ausdruck finden? (Colau 2013b: 0:35-1:50)

Die vorliegende Arbeit liest den Auftritt Colaús samt ihrer Grundsatzkritik als *Symptom* für einen beschleunigten *sozialen Wandel*, der Spanien in wenigen Jahren stark verändert hat. Es lohnt sich, die beschriebene Situation Revue passieren zu lassen: Eine 39-jährige, 2013 praktisch unbekannte Aktivistin tritt vor den Wirtschaftsausschuss des *Congreso*, um dort eine Volksinitiative, hinter der mehr als 1,4 Millionen Unterzeichnende stehen, nicht im Sinne einer *single-issue politics* (die sich nur um die Wohnproblematik drehen würde) vorzustellen. Vielmehr weitet sie die Initiative zur Generalanfechtung des Status quo aus. Die Explizitheit, mit der die PAH-Sprecherin Spaniens Immobilienkrise als »generalisierten Betrug« deutet (Colau 2013a) und den politischen ebenso wie den ökonomischen Institutionen die Legitimität abspricht, ja diese mit einem anderen, partizipativen Demokratieideal konfrontiert, erklärt sich *nicht* allein durch die Persönlichkeit von Ada Colau. So ausgeprägt schon damals, Anfang 2013, das Charisma der erfahrenen Aktivistin und späteren Bürgermeisterin Barcelonas gewesen sein mag,³ ihr Handeln lässt sich nur im Rekurs auf breitere *Strukturen* erklären.

Der disruptive Auftritt der Aktivistin wird erst durch einen neuartigen Commonsense ermöglicht, der sich 2013 querschnittartig durch die spanische Gesellschaft zieht. Dies manifestiert sich demoskopisch, wenn neun von zehn Spanierinnen die Forderungen der PAH für ein Recht auf Wohnen begrüßen.⁴ Der neue *sentido común* lässt sich desgleichen an den medialen Reaktionen gegenüber Colaús Auftritt ablesen. Selbst konservative Blätter würdigen sie als »ehrliche Stimme derer, denen es schlecht geht« (La Razón 2013), oder stellen sich sogar auf ihre Seite: »Was mit den Rechten der Bürger geschieht, können [Colaús] einfache Worte verständlich machen.« (El Mundo 2013) Der Bewusstseinswandel materialisiert sich ferner in den Strukturen der Zivilgesellschaft. Dort breiten sich austeritätskritische Bewegungen aus – allen voran die PAH mit mehr als 200 Versammlungen im ganzen Land. Parallel geben neue, kritische Nachrichtenplattformen wie *eldiario.es* oder *ctxt.es* dem entstehenden Selbstverständnis eine mediale Echokammer. Vielleicht am eindrucklichsten aber dokumentiert sich der neuartige Alltagsverstand in einer veränderten Alltagspraxis. »Die vielleicht schönste Erfahrung dieser Zeit war, als die Nachbarin von nebenan plötzlich über Politik zu diskutieren begann«, so beschreibt es David Fernández, Aktivist und linker Politiker (Interview 26.10.2016).

Die vorliegende Studie kartiert die Entstehung und den Aufstieg dieses neuen Commonsense. Den darin angelegten Entwurf einer solidarischeren, gerechteren und, vor allem, demokratischeren Gesellschaft rekonstruiere ich mit einer holistischen Analyse.

3 Zu Ada Colau und der PAH seien einleitend empfohlen: die Dokumentation *La Plataforma* von 2012, in der es auch um die skizzierte Volksinitiative geht; die deutsche Ko-Produktion *Sieben Tage bei der PAH Barcelona* (2015) sowie der Film von Pau Faus *Alcaldessa* (2016) über Colaús Wahl zur Bürgermeisterin Barcelonas.

4 Dazu die Umfrage für El País (2013b). Zur Wohnfrage als *agenda setter* siehe: Bazaga 2015: 356f.

Durch einen im Dialog mit der Empirie entwickelten Theorierahmen (s.u.), entfalte ich eine *Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse*. Mit einer poststrukturalistischen Hegemonie-theorie bemühe ich mich um eine zugleich umfassende und ins Detail gehende Analyse. Diese liest die Entstehung und Ausbreitung des neuen Commonsense als gesellschafts-übergreifende Semantik, sie zeichnet aber gleichzeitig sensitiv nach, wie sich Spaniens Wandlungsprozess in einer Vielzahl verkörperter Praktiken vollzieht und in einer neuartigen Infrastruktur materialisiert.

Spaniens Wandel findet innerhalb eines klar begrenzbaren Zeitfensters statt. In meinem zentralen Untersuchungszeitraum vom Frühjahr 2011 bis zum Frühjahr 2016 verändert sich Spanien grundsätzlich. Das südeuropäische Land hatte in den 1970er Jahren eine mustergültige Transition zur Demokratie vollzogen und war zu einem der wirtschaftsstärksten Staaten der Europäischen Union geworden – bis es hart von der Weltfinanzkrise von 2008 getroffen wurde. In Spanien kollabierten die traditionell wichtigen Immobilien- und Finanzsektoren. Die »große Rezession« machte Arbeitslosigkeit, Prekarität und staatliche Sparpolitiken endemisch. Doch so einschneidend dieser ökonomische Einbruch für die Bevölkerung auch war (und bis in die 2020er hinein bleibt), die These dieser Arbeit lautet: *Spaniens Gesellschaftskrise beginnt mit den Protesten der Indignados (Empörten) Mitte Mai 2011.*⁵ Den Platzbesetzungen, die sich nach dem Vorbild des Arabischen Frühlings in so gut wie allen Städten des Landes ereignen und die ihrerseits als Vorbild für die griechischen Aganaktismenoi sowie für Occupy Wall Street fungieren, gelingt Erhebliches: Sie entindividualisieren die Erfahrungen von Armut, sozialem Abstieg und Verletzlichkeit, indem sie die neue Gemeinschaft auf den *plazas* – und über sie hinaus – rund um das Ideal einer radikalisierten Demokratie politisieren. Es ist ein Demokratieideal, in dem sich die »von unten« gemeinsam ermächtigen.

Die Platzbesetzungen im Mai und Juni 2011 gelten mir als Schlüsselereignis. Seine Aufarbeitung bildet das erste der drei großen empirischen Kapitel, die zeigen, wie sich die spanische Gesellschaft verändert (Kap. III). Als Endpunkt der Hauptanalyse fungieren die Parlamentswahlen am 20. Dezember 2015 (Kap. V). Das Datum verdeutlicht endgültig: Der Wandel, der bis dahin gleichsam untergründig auf dem Terrain der Zivilgesellschaft und der politischen Kultur geschieht, ist in die harte Sphäre des politischen Systems vorgedrungen.⁶ Mit der linkspopulistischen Partei Podemos (Wir können) mit 20,7 Prozent und der rechtsliberalen Kraft Ciudadanos (Bürger) mit 14 Prozent ziehen zwei Parteien in den *Congreso de los Diputados* ein, die es vor 2011 in dieser Form nicht gab. Beide artikulieren auf unterschiedliche Weise die Empörung gegenüber dem Ist-Zustand und die Sehnsucht nach demokratischer Erneuerung.

5 Der Begriff der Indignados, wie ihn diese Arbeit gebraucht, ist keine Selbst-, sondern eine mittlere etablierte Fremdbezeichnung. Die Protestierenden sprechen von sich als 15-M, das Akronym für den 15. Mai 2011. Begriffe wie Indignados (Empörte), Asambleas (Versammlungen), Plätze wie die Plaça Catalunya in Barcelona oder Parteinamen wie Podemos, die in dieser Studie sehr oft fallen, werden der Lesbarkeit halber nicht kursiv gesetzt.

6 Das keineswegs unwichtige Vorspiel der Parlamentswahl von Ende 2015 sind die Kommunalwahlen von 2015. Neue linke Bündnisse wie *Barcelona en Comú* (mit Ada Colau an der Spitze) oder *Ahora Madrid* erobern damals die Rathäuser von Barcelona, Madrid und zahlreichen anderen Metropolen.

Dass sich diese Untersuchung auf parteipolitischer Ebene mit Podemos beschäftigt, folgt inhaltlichen Kriterien. Es wird sich zeigen: Die Linkspopulisten, nicht die Rechtsliberalen, schreiben sich explizit in die *Gegenhegemonie der Empörung* ein und diese fort. Gegenhegemonie, dieser Begriff markiert in meiner Arbeit die *politische* Dimension von Spaniens beschleunigtem Wandlungsprozess. Im hegemonietheoretischen Sinne betrachte ich die Myriade von Zeichen, Praktiken, Körpern und Infrastrukturen, die sich ab 2011 auf den Straßen und Plätzen, in kleinen wie (sehr) großen Versammlungen, in der Zivilgesellschaft wie der institutionellen Politik entspinnen, als einen heterogenen, doch zugleich aufeinander verweisenden Diskurs, präziser als ein Diskursgefüge. Die Kohäsion dieses Diskursgefüges liegt in einer doppelten Bewegung: Einerseits geschieht eine Grenzziehung *nach außen*. Die Ordnung des postfranquistischen Spaniens wird *in toto* in Frage gestellt. Hegemoniale Werte wie »Stabilität« oder »Wirtschaftsliberalismus« werden verworfen. Weiterhin wird die Asymmetrie zwischen einer politischen Elite, die sich als politisch führende Instanz gebärdet, und einer Zivilgesellschaft, die in eine politisch passive Rolle gedrängt wird, in Frage gestellt. Auch das jahrzehntelang vorherrschende Ideal einer individualisierten Mittelschichtgesellschaft wird (explizit wie implizit) abgelehnt. Diese Abgrenzung nach außen wird, andererseits, flankiert durch eine neuartige Vergesellschaftung *nach innen*. Die Gemeinschaftsformen, die aus den Protesten von 2011 hervorgehen, zielen auf eine alternative Existenzweise (Kap. VII.1.c). Eine demokratische, egalitäre und solidarische Gesellschaft wird seitens der Indignados nicht nur gefordert, sie wird dort auch vorgelebt.

Die Relevanz des Fallbeispiels Spanien und Leitfrage der Untersuchung Schon diese einleitenden Zeilen sollten kenntlich gemacht haben, dass sich Spanien in den Jahren 2011 bis 2016 als europäisch fast beispielloses Konfliktlabor erweist. Wird außer den Protesten der Indignados und den durch sie ausgelösten politischen Verschiebungen berücksichtigt, dass in diesen Jahren die katalanische Unabhängigkeitsbewegung zur Massenbewegung avanciert und bei der konservativen Regierungspartei *Partido Popular* (Volkspartei, PP) mehrere Korruptionsskandale publik werden, so lässt sich umstandslos feststellen: In den Jahren nach 2011 erlebt Spanien eine Legitimitätskrise der politischen Ordnung.

Nun wird so gut wie allen etablierten (und nicht etablierten) Demokratien mit Kategorien wie Denationalisierung, Postdemokratie oder Entdemokratisierung seit über zwei Jahrzehnten eine mehr oder minder ausgeprägte Krisenhaftigkeit attestiert.⁷ Der spanische Fall zeitigt allerdings eine außergewöhnliche *Krisenverdichtung*. Hier laufen gleich vier disruptive Dynamiken zusammen, von denen meine Arbeit drei fokussiert. Zunächst stehen die Indignados sinnbildlich für eine neue Welle von Protestbewegungen, die sich – anders als die Neuen Sozialen Bewegungen – nicht auf Einzelfragen kaprizieren, sondern die Systemfrage stellen (vgl. Tejerina et al. 2013). Weiterhin, und damit zusammenhängend, formiert sich in Spanien ein linker Populismus. Seine kämpferische Losung von unten gegen oben ist zeitweilig so erfolgreich, dass davon selbst die

7 Dazu exemplarisch: Rancièrè 2002, Beck 2007, Crouch 2008, Mouffe 2010 oder Manow 2020.

EU-Institutionen alarmiert sind.⁸ Letztlich stellt der katalanische Separatismus das spanische Territorialmodell auf eine harte Bewährungsprobe. Die katalanische Frage spare ich zwar weitgehend aus. Doch es ist nicht zu unterschlagen, dass soziale und nationale Konfliktachsen konkurrieren, sich vermengen und gelegentlich gemeinsam eskalieren. Viertens erweist sich Spanien als ein *demokratisches Labor*. Auf der einen Seite wird die Forderung einer Regeneration und Neuausrichtung der repräsentativen Institutionen im Untersuchungszeitraum mehrheitsfähig. Auf der anderen Seite wird die Feinanalyse der Indignados genauso wie von Podemos offenlegen: Als Räume einer verhältnismäßig symmetrischen, herrschaftsfreien und direktdemokratischen Praxis zeichnen *Versammlungen* die entstehende Gegenhegemonie normativ aus.

Diese Studie stellt sich der Herausforderung, drei dieser vier Strukturdynamiken empirisch zu untersuchen. So ließe sich davon sprechen, dass ich mit Blick auf die Indignados eine Bewegungsanalyse lanciere, mit Blick auf Podemos eine Populismusanalyse, mit Blick auf die Versammlungen eine empirische Rekonstruktion demokratischer Praktiken. Zwar sind die drei Strukturdynamiken je für sich genommen wichtig. Das Auszeichnungsmerkmal der vorliegenden Studie indes besteht darin, diese Dynamiken *gemeinsam* zu untersuchen, sie als Teilmomente einer vierten, sie umfassenden Dynamik aufzuschlüsseln. Auch sie trägt einen Namen: *Hegemonie*. Mehr als alles andere tritt meine Arbeit als Hegemonieanalyse an.

Gemäß meinen theoretischen Prämissen (s.u.) gehe ich davon aus, dass soziale Ordnung nicht einfach besteht, sondern politisch gestiftet wird. Jede noch so funktional differenzierte und politisch pluralisierte Gesellschaft besitzt Momente der Vereinheitlichung. Artikulationspraktiken, die mit anderen konfliktieren, sich gegen diese durchsetzen (oder marginalisiert werden) ergeben *eine* Gesellschaft. Sie schaffen eine prinzipiell kontingente, doch historisch stabilisierte Ordnung. Das Fallbeispiel Spanien ist deshalb so lehrreich, weil sich dort exemplarisch ablesen lässt, wie solch eine umkämpfte Produktion von Gesellschaft abläuft. In den knappen fünf Jahren zwischen 2011 und 2016 entsteht eine Gegenhegemonie, welche die geltende Ordnung in Frage stellt und diese mit einem Gegenentwurf konfrontiert. Eine grundlegende Neuausrichtung der spanischen Gesellschaft im Zeichen von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und einer radikalisierten Demokratie scheint für einen kurzen historischen Augenblick möglich. Das zentrale Anliegen der vorliegenden Studie besteht darin, das Ensemble der Artikulationspraktiken zu rekonstruieren, die bei der Entstehung und Entfaltung der Gegenhegemonie der Empörung zusammenwirken. Eine sowohl mikro- als auch makrologisch ausgerichtete Analyse stelle ich in den Dienst einer **Leitfrage**: *Wie artikuliert sich in Spanien ab 2011 eine neue Gegenhegemonie der Empörung?* Rund um diese Leitfrage ist zu erkunden, welche Eigenschaften diese Gegenhegemonie über die bloße Empörung hinaus auszeichnen und wie diese Gegenhegemonie im Laufe der Jahre sedimentiert, zumindest partiell zu Gesellschaft wird.

Nun ist das spanische Beispiel auch deshalb so lehrreich, weil es offenlegt, dass dort, wo sich eine Gegenhegemonie entfaltet, immer schon eine Hegemonie steht.

8 Scheint doch 2014 und 2015 das möglich, was Podemos in parteiinternen Publikationen »Hegemonien des Südens« nennt: eine linke, austeritätskritische Regierungsübernahme in Griechenland wie Spanien (siehe: Kap. V.2).

Mein Blick spitzt sich auf die neue Gegenmacht zu, er bleibt dabei aber nicht stehen, sondern bemüht sich um eine umfänglichere Kontextualisierung. Die Hauptuntersuchung wird eingeklammert durch eine bündige Analyse jener Ordnung, die Spanien seit Jahrzehnten prägt. Die Kultur der Transition, die in meiner Lektüre in den 1970er Jahren als politisches Projekt entstand und in den 1980er Jahren zur umfassenden Kultur sedimentierte, erweist sich als Spaniens eigentliche Hegemonie. An ihr arbeiten sich die Indignados und Podemos ab, desavouieren sie explizit als *Régimen del 78* (1978 ist das Jahr der spanischen Verfassungsgebung). Indem ein historisch ausgerichtetes Kapitel (Kap. II) zu Beginn die Genese dieser Hegemonie nachvollzieht und das Schlusskapitel (Kap. VI) kursorisch festhält, wie die vorherrschende Ordnung die neue Gegenhegemonie delegitimiert, neutralisiert und partiell integriert, wird zweierlei geleistet: Erstens verhindert dies die Idealisierung der Indignados und Co. Die Proteste verändern die spanische Gesellschaft nur partiell, nicht gesamthaft – und manche Veränderung panzert sogar mittelfristig den Status quo. So wichtig die im Mai 2011 ausgelösten Veränderungen sind, sie bewegen sich nicht in einem Vakuum, sondern *fügen sich ein* in eine historisch gewachsene Ordnung. Die Kultur der Transition liefert gleichwohl mehr als nur den Kontext, der die Umwälzungen im krisengeschüttelten Spanien erst verstehbar macht. Die Doppelperspektive auf Gegenhegemonie und Hegemonie liefert, zweitens, ein lehrreiches Beispiel für eine konfliktzentrierte Gesellschaftsanalyse. Sie hält politische Verwerfungen, Umbrüche und strukturelle Rekonfigurationen nicht für problematische oder gar deviante Phänomene, sondern versteht sie als elementar für ein angemessenes Verständnis des Sozialen. Gesellschaft konstituiert sich im Konflikt, so das Motto, von dem sich meine Untersuchung leiten lässt.

Die sozialtheoretische Ambition: eine erweiterte Hegemonietheorie »Die soziologische Theoriebildung braucht weniger selbstreferentielle Schließung und mehr empirische Öffnung – und die qualitative Forschung braucht viel weniger von der Strenge, die mit dem Methodenbegriff assoziiert wird, und mehr von der Kreativität, die man der Theoriebildung zuschreibt.« Diese Losung Stefan Hirschauers (2008: 184) mache auch ich mir zu eigen. Die hiesige Studie transzendiert die übliche Dichotomie zwischen Empirie und Theorie. Ihr geht es um mehr als nur darum, das Fallbeispiel Spanien mit einem schlüssigen Analyserahmen verstehbar zu machen. Vielmehr blendet sie die empirische Forschung auf die Theoriebildung zurück. Es gilt: Die Empirie erweitert das Sichtfeld der von mir gebrauchten Theorie.

In diesem Sinne ist diese Studie gleichermaßen eine Analyse des sozialen Wandels im krisengezeichneten Spanien wie eine *eigenständige* Untersuchung im Feld der Sozialtheorie. Mein theoretischer Ausgangspunkt – besser: meine theoretische Arbeitsstätte – verortet sich in der poststrukturalistischen Diskurstheorie, die Chantal Mouffe und Ernesto Laclau entwickelt haben. Ihr Ansatz, den ich hier schlicht als Hegemonietheorie bezeichne, lässt sich allgemein im Feld der Kulturtheorie und konkret in dem des Poststrukturalismus verorten. Indem sie den Hegemoniebegriff von Antonio Gramsci mit einem poststrukturalistischen Vokabular aktualisieren, das auf Jacques Derrida und Michel Foucault verweist, schaffen Laclau/Mouffe einen innovativen Ansatz. Er verwebt drei konzeptuelle Bewegungen, die in der Regel getrennt bleiben. Erstens liest das Autorenpaar soziale Prozesse als symbolische Prozesse. Indem sie das Diskursive und das

Soziale gleichsetzt, bietet sich die Hegemonietheorie als Diskurstheorie dar. Zweitens gehen Laclau/Mouffe von der Allgegenwart machtgeladener Kämpfe und dem politischen Ursprung jeder Identität, Kollektivität und sozialer Ordnung aus. Unaufhörlich und überall toben Kämpfe um Hegemonie, um die als legitim geltende Deutungshoheit und Gestaltungsmacht. So präsentiert sich Hegemonietheorie als Konflikttheorie. Doch so stark das Moment des Politischen ist, es wird, drittens, relativiert durch das Axiom, dass Kämpfe befriedet werden und zu sozialen Strukturen sedimentieren. Um Hegemonie wird nicht nur gekämpft, sie wird auch ausgeübt – was immer wieder eine relativ entpolitisierte Gesellschaft schafft. Dem Politischen steht das Soziale gegenüber, so betont die Hegemonietheorie und erhebt dadurch auch den Anspruch, Sozialtheorie zu sein.

Ein Ansatz, der von seiner Anlage her zugleich Diskurstheorie, Konflikttheorie und Sozialtheorie sein will, ist so epistemologisch ambitioniert wie herausfordernd. Die Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe stellt sich quer zu den disziplinären Grenzen, die zwischen politischer Theorie und Sozialtheorie, zwischen Politologie und Soziologie bestehen. Wenn Gesellschaft politisch verfasst ist, wenn keine soziale Identität gänzlich unpolitisch sein kann, sondern stets einen politischen Kern aufweist, so ist dies eine schroffe Provokation für die herkömmliche Soziologie. Und genauso ist es eine Provokation für die politische Theorie – oder: die Theorien des Politischen – wenn mit dem Begriff der Hegemonie betont wird, dass das Politische (hier: der Antagonismus) in einem Moment gipfelt, das über das Politische hinausweist. Fügt man dem hinzu, dass mit dem Poststrukturalismus, dem Marxismus und der Konflikttheorie bei Laclau/Mouffe drei Theorietraditionen zusammenfließen, die bis heute in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften (und nicht nur dort) einen schweren Stand haben, so dürfte schnell einsichtig werden, weshalb die Hegemonietheorie ein peripherer Ansatz geblieben ist.

Seit der Publikation von *Hegemony and Socialist Strategy* (1985), dem Gründungswerk von Laclau/Mouffe, hat sich freilich in Gestalt der *Essex School of Discourse Analysis* ein zumindest international reges Theoriefeld gebildet,⁹ in dem die Hegemonietheorie konzeptuell fortentwickelt und, insbesondere, empirisch operationalisiert wird. Die vorliegende Arbeit schreibt sich in dieses Feld ein, ohne aber dort zu verharren. Auf den ersten Blick scheint meine Untersuchung eine der (noch) nicht derart zahlreichen Operationalisierungen der Hegemonietheorie zu sein. Allein die Bearbeitung des Fallbeispiels Spanien mit einer strikt von Laclau/Mouffe übernommenen Analytik wäre für sich genommen ein legitimer Beitrag im Feld der *Essex School* oder, allgemeiner, in dem der politischen Soziologie.

Der hiesige Anspruch reicht jedoch weiter. Ich möchte dazu beitragen, den holistischen Anspruch von Laclau/Mouffe einzulösen. Mein Motto ist: Diskurs-, Konflikt- und Sozialtheorie können in *einem* Ansatz vereinigt werden. Diese synthetische Ambition mag weder grundbegrifflich noch empirisch leicht zu entfalten sein, unmöglich ist sie nicht. Ich würde sogar behaupten, dass sich in der gegenwärtigen Theorieentwicklung eine erweiterte Hegemonietheorie geradezu aufdrängt. Sie könnte im Terrain der Kultur- und Sozialtheorien auf das antworten, was sich als ein Auseinanderdriften

9 Diese Bezeichnung geht zurück auf die langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit von Laclau an der University of Essex, die bis heute im Center for Ideology and Discourse Analysis fortwirkt.

von Konstruktivismus und Postkonstruktivismus bei gleichzeitigem Ausschluss der Theorien des Politischen bezeichnen lässt.

Postkonstruktivistische Ansätze wenden sich vom *cultural turn* und *linguistical turn* ab und stellen demgegenüber immanente, vorsymbolische Prozesse ins Zentrum. Rund um Leitbegriffe wie Materialität, Affekt, Körperlichkeit, Assemblage, Raum oder Bildhaftigkeit hat sich seit der Jahrtausendwende ein neuer Forschungsstrang formiert. Der Postkonstruktivismus kommt zwar meist von der Kulturtheorie und dem Poststrukturalismus, er erhebt aber den Anspruch, näher an den »Dingen« zu sein, die (angeblich) harte Realität der biologischen, infrastrukturellen und ökonomischen Tatsachen besser einzufangen. Der Neomaterialismus, die Affekttheorie, die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) oder die objektorientierte Ontologie beanspruchen allesamt, eine weit realitätsnähere Sozialtheorie zu liefern als die im sinnzentrierten Konstruktivismus angelegte. Letzterer wird zur »Überbautheorie« gemacht, sein Fokus auf Sprache, Zeichen und Kultur zur Sekundäranalyse herabgestuft (als Übersicht: Gertenbach 2019a: 60–65).

Auf diese Deklassierung antworten der Konstruktivismus im Allgemeinen und der diskurszentrierte Poststrukturalismus im Besonderen mit einer eigentümlich defensiven Haltung. Anstatt sich responsiv gegenüber den neomaterialistischen Impulsen zu zeigen und die eigene Begriffsarchitektur kritisch für diese zu öffnen, findet meist eine selbstreferentielle Schließung rund um die eigenen Postulate statt. Die Hegemonietheorie ist keine Ausnahme. Vor allem der späte Laclau und, ihm folgend, prominente Mitglieder der *Essex School* formalisieren einen Ansatz, dessen Stärke ursprünglich in seiner Offenheit lag, so stark, dass nur mehr eine Gleichung gilt: Das Diskursive (= das Soziale) besteht in einem kleinen Set von Logiken, die der Antagonismus in seiner An- oder Abwesenheit dirigiert (dazu: Kap. VI.1).

Dem Auseinanderdriften von neomaterialistischem Postkonstruktivismus und kulturalistischem Konstruktivismus tritt meine Studie dezidiert entgegen. Ich ziele darauf, die Bausteine einer *synthetischen Diskurstheorie* zu entwickeln. Sie bewegt sich innerhalb des groben Begriffsrahmens von Laclau/Mouffe, erweitert jedoch über eine dreifache Bewegung diesen Rahmen so stark, dass sich am Ende der Untersuchung eine grundsätzlich erneuerte Hegemonietheorie abzeichnen wird. Die erste dieser drei verknüpften Bewegungen besteht in dem, was ich als eine *dekonstruktive Lektüre* von Laclau/Mouffe bezeichne. Meine Erweiterung ihres Ansatzes setzt immanent an. Eine dichte Beschreibung der Theoriearchitektur wird zeigen, dass beim Autorenpaar jene weite Hegemonietheorie, auf die ich ziele, zwar prinzipiell angelegt ist, diese jedoch forschungspraktisch nicht eingelöst wird (Kap. I.1). Meine Weiterentwicklung von Begriffen wie Diskurs, Artikulation, Antagonismus und Hegemonie geschieht nicht in einem willkürlichen Akt sozialtheoretischer *Bricolage*, er schöpft vielmehr die gehörigen Potentiale aus, welche die Hegemonietheorie latent bereitstellt.

Diese dekonstruktive Öffnung von Laclau/Mouffe ebnet den Weg für die beiden weiteren Bewegungen. Sie gehen Hand in Hand. Mein zweites, nach dem empirischen Hauptpart situiertes Theoriekapitel, entfaltet den Ansatz des Autorenpaares im Dialog mit den empirischen Einsichten, was zur Synthesebewegung zwischen Diskurstheorie, Praxeologie und Neomaterialismus führt (Kap. VI). Mittels Kategorien wie Praxis, Diskursgefüge, Artikulationspraxis oder sinnliche Kollektivität entwerfe ich informiert durch die empirische Auseinandersetzung das, was ich meist im operativen Sinn als

eine *erweiterte Hegemonietheorie* oder zuweilen im emphatischeren sozialtheoretischen Sinn als *Bausteine einer postfundamentalistischen Sozialtheorie* bezeichne. Ein solcher Ansatz ist nicht (mehr) darum verlegen, sich auf ein Denken des Sinnlichen einzulassen, er lehnt indes genauso eine positivistische Verdinglichung des »Materiellen« ab. Mein Zugang bleibt der einer Diskurstheorie. Nur ist es eine Diskurstheorie, die den Sinnbegriff erdet. Sie macht die (Re-)Produktion von Bedeutungsstrukturen in Praktiken und in materialisierten Infrastrukturen stark. Diese Begriffserweiterung blickt auf die Gegenwart – und auf die Vergangenheit. Mein Verständnis von Hegemonie als einer angeeigneten und gelebten Kultur lässt sich inspirieren von Antonio Gramsci. Er bleibt auch für eine erweiterte Hegemonietheorie der Vordenker.

Meine theoretische Erweiterungsbewegung zehrt, drittens, vom Dialog mit der Empirie, wie ihn der oben zitierte Hirschauer annimmt. Um Ulrich Beck (1986: 20) zu paraphrasieren, erweist sich jedes empirische Kapitel als ein »Entdeckungs- und Lernprozess«, und zwar (hoffentlich) sowohl für die Leserin als auch für den Autor. Jedes der fünf empirisch ausgerichteten Kapitel bringt die Analyseheuristiken, die von Laclau/Mouffe übernommen und fortentwickelt wurden, zum Einsatz; und jedes dieser fünf Kapitel fügt diesen Heuristiken etwas hinzu, bereichert die Theoriebrille, mit der ich auf Spanien blicke. Meine erweiterte Hegemonietheorie tritt somit *nicht* als Universaltheorie an. Sie schärft und erlernt ihr Vokabular in der Auseinandersetzung mit einem konkreten Fallbeispiel und an einem konkreten Material. Meine Theoriebildung ist im Sinne der *Grounded Theory* »gegenstandsbezogen«, sie weist aber gleichzeitig über ihren Gegenstand hinaus. Keines der empirischen Kapitel ist nur empirisch, jedes enthält auch Überlegungen, die über die Kultur der Transition, die Indignados oder Podemos hinausweisen und allgemeinerer sozialtheoretischer Natur sind. Der Dialog von Empirie und Theorie geht in beide Richtungen. Die erweiterte Hegemonietheorie, auf die ich ziele, gewinnt erst in der empirischen Auseinandersetzung ihre Konturen, der soziale Wandel Spaniens wird erst in diesem Theorierahmen in seiner ganzen Reichhaltigkeit aufgeschlüsselt.

Um diesem holistischen Anspruch methodisch gerecht zu werden, trianguliere ich Diskursanalyse, Ethnographien und, flankierend dazu, Leitfadeninterviews. Zum einen lanciere ich eine politische Diskursanalyse, die »von oben« ansetzt. In der Auswertung von politischen Dokumenten (Reden, Manifesten, Forderungskatalogen usw.) zeigt sie, wie im Empörungszyklus gewisse Signifikanten und Forderungen zentral werden. Dies ergänze ich zum anderen mit einer praxeologischen Perspektive, welche die Praktiken in ihrem konkreten, verkörperten und materialisierten Vollzug aufarbeitet. Für diesen praxiszentrierten Fokus entwickle ich eine »Diskursanalyse von unten«, mit der ich die Verlaufsprotokolle von Versammlungen der Indignados genauso wie von Podemos aufarbeite. Zudem baut dieser Fokus auf einer einjährigen Ethnographie auf. Von November 2014 bis Januar 2016 begleitete ich Protestgruppen in Barcelona. Die in Kapitel IV präsentierte ethnographische Analyse steht sinnbildlich für meine Verschränkung von empirischer Auseinandersetzung und Theoriebildung. Im Laufe der Ausführungen greife ich zudem punktuell auf von mir geführte Leitfadeninterviews zurück, um den Argumentationsgang mit ihrer Hilfe zu illustrieren.

Mit einer derartigen Triangulation qualitativer Verfahren möchte ich zeigen: Die epistemischen Grenzen, die der neomaterialistische Postkonstruktivismus dem Konstruktivismus und vor allem der Diskurstheorie unterstellt, lassen sich verschieben. Die

»Analyse diskursiver Tiefenstrukturen« (Diaz-Bohne 2010: 420) auf die auch ich (freilich anders als Diaz-Bohne) ziele, soll idealerweise freilegen, dass die scheinbar harte Realität von Materialität, Körperlichkeit und Praxis und die nur scheinbar ätherische Ebene der Zeichen ein *Kontinuum* bilden. Dieses Kontinuum schlüsselt meine Studie mit einer sensiblen qualitativen Sozialforschung auf.

Für eine derart holistische Diskurstheorie reaktiviere ich überdies einen historischen Analysepfad. Eine der zentralen Stärken der Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe liegt darin, dass bei ihnen eine *postfundamentalistische* Perspektive angelegt ist. Das heißt: Ein Denken, das die Kontingenz sozialer Verhältnisse nicht im Stile eines Antiessentialismus verabsolutiert, sondern es zusammendenkt mit der Ordnung dieser Verhältnisse. Der Begriff der Hegemonie ist beim Autorenpaar die Chiffre, mit der die Instabilität und Umkehrbarkeit sozialer Verhältnisse zusammengedacht werden mit einer Vermachtung, die zeitweilig sedimentierte Strukturen hervorbringt. Die Emphase liegt auf »zeitweilig«. Die Pendelbewegung zwischen Kontingenz und Ordnung geschieht in der Zeit, sie wird vermittelt durch die *Geschichtlichkeit* des Sozialen. Der hiesige Ansatz ist weder antiessentialistisch noch objektivistisch, sondern verteidigt ein historisiertes Gesellschaftsverständnis.

Eine postfundamentalistische Sozialtheorie, die ihren Begriffsapparat in der Tradition von Marx, Foucault, Gramsci sowie vor allem der Gender Studies historisiert,¹⁰ hat einen doppelten Vorzug. Zum einen können damit, wie Andrea Maihofer mit ihrem Verständnis von Geschlecht als Existenzweise gezeigt hat (Kap. I.2.a), die Gräben zwischen dem Symbolischen und dem Materiellen relativiert, wenn nicht überwunden werden. Am spanischen Fall verdeutlicht: Erst eine temporale Analyse zeigt, wie die Zirkulation von Pamphleten und Manifesten vor 2011 zusammenhängt mit den massenhaften Protestcamps der Indignados in jenem Jahr. Und die dichte Beschreibung der Versammlungen vor Ort samt ihrer Infrastruktur erklärt ihrerseits, wie die Proteste von 2011 zu einem *popularen* Bruch avancieren, dessen volle Kraft sich erst in den Folgejahren entfaltet – und die Sphäre der politischen Repräsentation verschiebt.

Zum anderen ist es das Anliegen einer postfundamentalistischen Sozialtheorie, wie sie am Horizont dieser Arbeit steht, einen starken *Begriff des Politischen* mit einer substantiellen *Theorie des Sozialen* zu kombinieren. Die umkämpfte Infragestellung und Neuordnung sozialer Verhältnisse (das Politische) zum einen und die entpolitisierte Reproduktion, Trägheit und Latenz von Gesellschaftsstrukturen (das Soziale) zum anderen sind die beiden – spannungsgeladenen – Seiten von Gesellschaft, so möchte meine Studie bekräftigen. Ein derartiger Ansatz vermeidet Soziologismus wie politischen Dezisionismus, um stattdessen das Soziale und das Politische dialektisch zu verschachteln. Dafür gibt es keine theoretischen Abkürzungen, sondern nur den Weg in die empirische Ge-

10 In dieser Hinsicht beteiligt sich diese Studie an der langsamen Wiederentdeckung der Dimension der Geschichtlichkeit seitens der Soziologie. Anders als im angelsächsischen Kontext, wo diese Wiederentdeckung mit der Etablierung einer *Historical Sociology* schon länger im Gange ist, beginnt dies im deutschsprachigen Kontext erst. Die Gründungstagung des Arbeitskreises Historische Soziologie in der Sektion Kulturosoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) im März 2022 könnte sich hierbei (idealerweise) als ein beschleunigender Faktor erweisen.

sellschaftsanalyse. Es gilt das Motto Ludwig Wittgensteins (1984: § 107, H. i. O.): »Wir wollen gehen; dann brauchen wir die *Reibung*. Zurück auf den rauen Boden!«

Terra incognita? Der Forschungsstand Mit meinem doppelten Anspruch, zugleich eine empirische Analyse der politischen Verschiebungen im aktuellen Spanien zu tätigen und theoriebildend zu einer erweiterten Hegemonietheorie zu gelangen oder, wenn man so will, Bausteine einer postfundamentalistischen Sozialtheorie zu entwerfen, betrete ich in zweifacher Weise Neuland. Auf theoretischer Ebene sind die Versuche, im Dreieck von Postkonstruktivismus, Konstruktivismus und den Theorien des Politischen zu Synthesen zu finden, bis heute (sehr) rar gesät. Ein Autor und eine Autorin haben indes Pionierarbeiten für eine derartige Synthese geleistet – was sie zentral für die hiesige Studie macht. Einerseits ist dies Andreas Reckwitz, auf den ich mich hinsichtlich des Zusammendenkens von Diskurstheorie und Praxeologie maßgeblich beziehe. Andererseits berufe ich mich stark auf Judith Butler. Ihr Begriff der Versammlung (vgl. Butler 2016) informiert meine Konzeption dieser Institution, und zwar sowohl hinsichtlich des Zusammendenkens von Diskurs, Praxis und Körper als auch in Bezug auf den darin enthaltenen Begriff des Politischen.

Im engeren Feld der Hegemonietheorie gibt es ebenfalls seit der Jahrtausendwende ein gewisses Plädoyer dafür, den Ansatz von Laclau/Mouffe für eine wahlweise (neo-)materialistische oder gramscianische Perspektive zu öffnen. Ich stelle mich hier nicht auf Seite jener, die mit dem Schlagwort Posthegemonie für die Verabschiedung dieses Ansatzes eintreten (vgl. Lash 2007, Beasley-Murray 2010), sondern auf die Seite jener, die sich für eine Erweiterung oder Neujustierung dieser Diskurstheorie aussprechen (vgl. Opratko 2012, Leggett 2013, Arditi 2014 oder Mazzolini 2020). Fast wichtiger für meine Erarbeitung einer postfundamentalistischen Sozialtheorie erweisen sich aber, vielleicht überraschend, die Gender Studies. Vor allem die Arbeiten der schon erwähnten Maihofer und Butler, aber auch von Ulle Jäger geben mir wichtige Impulse, um eine konzeptuell informierte *und* empirisch sensible Gesellschaftsanalyse zu entwerfen. Anders inspirierend, da bezogen auf die perspektivische Fortentwicklung des in dieser Studie kristallisierenden Kollektivitätsverständnisses, sind die (laufenden) Arbeiten von Tobias Schlechtriemen und Sebastian J. Moser. Ihr zwischen dem Symbolischen, dem Sinnlichen und der politischen Artikulation operierender Begriff der Sozialfigur (vgl. Moser/Slechtriemen 2018, 2021) birgt eine synthetische Ambition, die sich mit der hiesigen überschneidet.

Hinsichtlich des Fallbeispiels Spanien stellt sich die Forschungslandschaft anders, doch nicht minder komplex dar. Mit Blick auf die deutschsprachige Sozialwissenschaft ist festzuhalten: Spanien, ja Südeuropa bleibt traditionell und bis heute weitgehend unsichtbar. Dies ist umso bedauerlicher, als ein südeuropäischer Fokus gerade gegenwärtig, in Zeiten der Covid-19-Pandemie wie des Klimawandels, ein Lernfeld bieten könnte: Wie gehen westliche Gesellschaften mit Krisen um? Wie werden sie zu krisenerprobten Gesellschaften? Tatsächlich gab es die Intuition, dass die spanischen Entwicklungen als internationales Modell fungieren könnten, schon einmal, im Übergang von der franquistischen Diktatur zur Demokratie. So stammt denn auch der größte Forschungsboom über Spanien aus der Zeit der späten 1970er bis 1990er Jahre. In der Politikwissenschaft – vornehmlich in der von Juan José Linz geprägten Transitionsforschung – wurde Spani-

en zum Leuchtturm der sogenannten dritten Demokratisierungswelle auserkoren. Ein Enthusiasmus, den freilich Stephan Lessenich (vgl. 1995, 1996) mit Blick auf die strukturellen Schwächen des iberischen Wohlfahrtsstaates schon vor 25 Jahren kritisch hinterfragte.

Der zweite Moment, in dem das deutschsprachige und internationale Forschungsinteresse für Spanien erwachen, führt direkt zum Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit. Besonders auf internationalem Terrain ist im Laufe der vergangenen Dekade eine schier unüberblickbare Zahl von Publikationen erschienen, die sich mit der Protestbewegung der Indignados sowie mit der linkspopulistischen Partei Podemos auseinandersetzen. Viele dieser Arbeiten replizieren ironischerweise jene normative Überhöhung, die bereits der Transitionsforschung in Bezug auf Spanien unterlief: Die Indignados werden zur tugendhaften Bewegung stilisiert, in der sich eine bessere Demokratie verkörpert. Diese Überhöhung unterläuft teilweise auch den fundierten Monographien von Cristina Monge (2017), Nikolai Huke (2017) und Cristina Flesher Fominaya (2020), die sich als Meilensteine bei der Erforschung der »Empörungsjahre« in Spanien erwiesen haben.¹¹ Dennoch fehlen bislang Arbeiten, welche die Analyse der Indignados mit sozialtheoretischen Überlegungen verflechten.¹² Neuartige Protestzyklen wie die der *Indignación* in Spanien fordern zu einer Forschung auf, die ihren Begriffsrahmen, ja ihre Methodologie an diese Phänomene anpasst, um sie in ihrem ganzen Facettenreichtum, aber auch mit all ihren Ambivalenzen kritisch zu würdigen. Demokratietheoretische Überlegungen, wie sie Huke (2017: 250–269) oder Fominaya (2020: 285–316) bemühen, sind wichtig, reichen aber nicht aus. Vielmehr bedarf es Arbeiten, die diese Politisierungsphänomene gesellschaftsanalytisch analysieren und reflektieren. Die vorliegende Studie nimmt sich einer Schlüsselfrage an, die bislang weitgehend unbearbeitet geblieben ist: Wie veränderte die Gegenhegemonie der Empörung die soziale Ordnung, wie machte sie Spanien zu einem *anderen Land*?

Aufbau der Arbeit Das Vorgehen gestaltet sich wie folgt: Das erste Kapitel, »Theorie und Methode«, legt die konzeptuellen wie methodologischen Fundamente der gesamten Studie. In einem ersten Schritt wird die dekonstruktive Lektüre von Laclau/Mouffe die bei ihnen angelegten, doch nicht eingelösten Potentiale zu einer umfassenden Hegemonietheorie freilegen (Kap. I.1). Nach der engen Lektüre der hegemonietheoretische Begriffe werde ich einen Schritt zurücktreten. Zuerst gilt es darzustellen, was im Feld der Sozialtheorie eine postfundamentalistische Perspektive auszeichnet, anschließend wird ein Exkurs zu Gramsci offenlegen, was noch immer von ihm zu lernen ist (Kap. I.2). Zuletzt

11 Für den deutschsprachigen Kontext sticht zudem die Ethnographie von Olaf Tietje (2018) hervor, die sich mit den Arbeitserfahrungen und Kämpfen von migrantischen Arbeiterinnen in Almería beschäftigt. Der dort zentrale Begriff der eigensinnigen Praxis wird auch in meiner Studie eine wichtige, doch anders gelagerte Rolle spielen.

12 Julia Fürwitt (2022) beansprucht zwar programmatisch, die Analyse der spanischen Krisenkonjunktur mit der Entfaltung einer neuartigen Diskursanalyse zu verbinden. Gleichwohl verharret die Autorin, so mein Eindruck, auf analytischem Terrain bei einer traditionellen Diskursanalyse. Letztere rekonstruiert zwar sensibel die Responsivität der etablierten Kollektive gegenüber der spanischen Gesellschaftskrise – und ergänzt damit den hiesigen Fokus. Demgegenüber wird der theoriebildende Anspruch bei Fürwitt in letzter Instanz nicht eingelöst.

zeigt der methodische Part, welchen drei Operationalisierungspfade ich in diskursanalytischer, praxeologischer und historischer Hinsicht folge (Kap. I.3). Hierzu ist noch eines anzumerken: Strenggenommen ist der Analyserahmen breiter konzipiert. Er bewegt sich nicht mehr nur innerhalb des Begriffsapparats von Laclau/Mouffe, sondern weist über diesen hinaus. Da allerdings meine Theorie der Empirie nicht vorgeschaltet war, sondern im Dialog mit dieser entstand, wird dies auch darstellungstechnisch gewürdigt. In diesem Sinne steht der zweite, eigenständige Part des Theoriekapitels hinter den vier großen empirischen Kapiteln. Dies erhöht idealerweise nicht nur den Spannungsbogen, sondern zeigt narrativ, wie diese Studie eine empirisch gegründete Theoriebildung betreibt. Die Leserin allerdings, der in erster Linie an sozialtheoretischer Vereinheitlichung gelegen ist, möge von Kap. I direkt zu Kap. VI übergehen – um sodann quasi vollinformiert in die Empirie einzusteigen.

Kapitel II, »Spanien vor der Empörung, oder: Ruhe und demokratische Ordnung«, erarbeitet die historische Grundlage des Politisierungszyklus der Empörung. Dieses Kapitel tritt wohlgermerkt nicht nur als ein rahmender Kontext an. Es konturiert vielmehr die Hegemonie einer Ordnung, der Kultur der Transition, gegen die sich die Protestbewegungen und Parteien ab 2011 wenden und deren Krise sie hervorrufen. Die Losung lautet: Um die Gegenhegemonie der Empörung angemessen zu verstehen, muss man in die 1970er und 1980er Jahre gehen.

Von hier aus entfalten sich dann die drei empirischen Schlüsselkapitel. Zunächst ist der Titel von Kapitel III, »Mai 2011. Ausbruch der Empörung«, Programm. Ich kombiniere eine politische Diskursanalyse von oben mit einer praxeologischen Diskursanalyse von unten, um zu rekonstruieren, wie die Indignados als eine umfassende Bewegung entstehen. Die Analyse ihrer Manifeste, Forderungskataloge und Slogans wird zeigen, wie sich 2011 eine protopopulistische Semantik mit linker Polung artikuliert (Kap. III.2), die Verlaufsprotokolle des Protestcamps auf der Plaça Catalunya in Barcelona werden offenlegen, wie die Empörung als eine dichte, in Raum und Zeit stabilisierte Praxis buchstäblich Gestalt annimmt (Kap. III.3).

Das folgende Kapitel IV, »Wütende Körper, empörte Praxis«, untersucht ethnographisch die Empörtenversammlungen, die einige Jahre später, Ende 2014, im Raum Barcelona fortbestehen. Meine teilnehmende Beobachtung begleitet drei Asambleas (Versammlungen), um mit einer nochmals detaillierteren Feinanalyse zu rekonstruieren, wie sich die Artikulationspraktiken der Empörung vollziehen und was diese auszeichnet. Auch Subjektivierungsprozesse werden hier ins Zentrum rücken. Die Ethnographie ist so aufgebaut, dass sie in jedem ihrer Schritte die empirische Betrachtung mit Theoriebildung verschränkt. Kategorien wie Macht, Erfahrung, Raum, Artikulation oder Fokussierung werden organisch aus der Analyse heraus entwickelt.

Kapitel V, »Podemos, Partei der Empörung«, lanciert gegenüber dem mikrologisch angelegten Vorgängerkapitel schwerpunktmäßig eine makrologische Analyse. Ich untersuche die Geburt und Hochphase von Podemos als jener Partei, welche die Empörung politisch zu repräsentieren sucht. Über die Diskursanalyse von vier Schlüsselereignissen von Anfang 2014 bis Ende 2015 gelange ich zu einer allgemeinen und gleichzeitig hinreichend detaillierten Panoramadarstellung von Podemos. Der spanische Linkspopulismus zehrt indes nicht nur vom strategischen Geschick (und der Laclau-Lektüre) ihres Füh-

rungspersonals, er beruht auch auf ihren zahlreichen Basisgruppen, von denen ich zwei exemplarisch in den Blick nehme.

Nach diesen vier Kapiteln, die gleichsam das Herzstück der Studie bilden, kommt wie bereits angekündigt ein zweites Theoriekapitel. Meine empirischen Einsichten rekapitulierend, entwerfe ich das, was Kapitel VI verspricht, nämlich »eine erweiterte Hegemonietheorie«. Dabei erarbeite ich schrittweise, vom Praxis- zum Hegemoniebegriff, von der Mikro- zur Makroebene, die Bausteine einer dezidiert postfundamentalistischen Sozialtheorie.

Das Schlusskapitel VII, »Zwei Spanien: Macht und Gegenmacht«, tritt schließlich als empirische Gesamtbetrachtung des spanischen Fallbeispiels an. Sie rekapituliert das Ausgeführte und stellt generelle Überlegungen, die über den Analysezeitraum hinausweisen. Das explizit zweigeteilte Kapitel würdigt das disruptive Potential der Gegenhegemonie der Empörung – und geht zugleich darauf ein, wie sich die Kultur der Transition aktualisiert. Damit werde ich die Binnenperspektive auf die Gegenhegemonie der Empörung dezentrieren und ihr disruptives Potential teils auch relativieren. Fest aber steht: Die soziale Ordnung verändert sich in den Jahren nach 2011. Die Empörung macht Spanien zu einem anderen Land.